

04.06.92

Antrag

des Landes Niedersachsen

zum

Energiepolitischen Gesamtkonzept der Bundesregierung
Energiepolitik für das vereinte Deutschland

Punkt 20 der 643. Sitzung des Bundesrates am 5. Juni 1992

Der Bundesrat möge beschließen:

Die Ziffer 15 der Ausschußempfehlung wird durch folgenden Text ersetzt:

Zur Verringerung der Umweltbelastung durch steuerliche Instrumente verweist der Bundesrat auf seinen Beschluß vom 14. Februar 1992 zur Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat: "Eine Gemeinschaftsstrategie für weniger Kohlendioxidemissionen und mehr Energieeffizienz" Drucksache 696/91 (Beschluß). Mit dem Konzept einer EG-weit ab 1.1.1993 einzuführenden Klimaschutzsteuer wollte die EG auf der vom 3. bis 12. Juni 1992 in Rio de Janeiro stattfindenden zweiten Umweltkonferenz der Vereinten Nationen "United Nations Conference on Environment and Development (UNCED)" eine Führungsrolle in der internationalen Klimaschutzpolitik übernehmen.

- 2 -

Ausgeliefert am 04. JUNI 1992

Der Bundesrat bedauert, daß die von der EG vorgesehene neue Steuer auf den Energieverbrauch und die treibhausrelevanten Kohlendioxidemissionen nunmehr nach Vorschlag der Kommission nur in Kraft treten soll, wenn andere Industrieländer wie die USA und Japan zugleich eine ähnliche Steuer oder Maßnahmen gleicher Wirkung einführen. Er hat dafür vor allem aus zwei Gründen keinerlei Verständnis:

- (1) Der zur Begründung angeführte Verweis auf die Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie nicht zu beeinträchtigen, ist nicht stichhaltig. Der von der Steuer intendierte gleitend-moderate Anstieg der Energiepreise wäre Motor für Innovationen zur Steigerung der Energieproduktivität der europäischen Industrie. Mittelfristig würde dies die Wettbewerbsfähigkeit eher stärken und zugleich Impulse für die notwendige ökologische Modernisierung der Wirtschaft entfalten.

Gerade das Beispiel Japan, wo die Energiepreise ca. doppelt so hoch und der Energieverbrauch wie auch die Kohlendioxidemissionen pro Kopf zugleich erheblich niedriger als etwa in Deutschland sind, liefert für diese Zusammenhänge den empirischen Beleg. Zugleich lehrt das Beispiel USA, daß bei sehr niedrigen Energiepreisen die Innovationskraft der Industrie erlahmt und Anstrengungen zur Steigerung der Energieproduktivität unterbleiben.

- (2) Die Europäische Gemeinschaft würde damit ihre Politik letztlich von den Entscheidungen Japans und der USA abhängig machen und den Anspruch verwirken, in Wahrnehmung einer internationalen Vorreiterrolle ihrer Verantwortung für Vorleistungen auf dem Felde der Klimaschutzpolitik nachzukommen. Für die europäische Umweltpolitik würde dies einen erheblichen Rückschlag und internationalen Glaubwürdigkeitsverlust bedeuten.

Der Bundesrat hat Verständnis dafür, daß der EG-Umweltkommissar Carlo Ripa di Meana angesichts der vertanen Chance der Gemeinschaft, auf der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro ein konkretes Zeichen zu setzen, seine Teilnahme abgesagt hat. Er erwartet von der Bundesregierung, daß sie auf EG-Ebene alles unternimmt, damit die selbstgeschaffenen Hürden, die der Realisierung des Klimasteuerprojektes entgegenstehen, beseitigt werden.